

2710/J XX.GP

der Abgeordneten Mag. Johann Maier, Mag. Herbert Kaufmann
und Genossen

an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz betreffend
„Reisebüroschlichtungsstelle“ im Wirtschaftsministerium
Medienberichten war zu entnehmen, daß vom Wirtschaftsministerium die Einstellung der
Tätigkeit der „Reisebüroschlichtungsstelle“ angeordnet wurde. Diese Reisebüroschlichtungs-
stelle wurde vor Jahren zur Problemlösung für Verbraucher mit Reiseveranstaltern und
Reisevermittlern eingerichtet, weil viele Konsumenten den Gang zu Gericht scheuen und weil
aufgrund von niedrigen Streitwerten jedoch der Aufwand und das Prozeßkostenrisiko äußerst
groß sind. Es handelt sich dabei um eine seit Jahrzehnten bewährte Einrichtung zur
Vermittlung in Streitigkeiten zwischen den Reisenden und Reiseveranstaltern bzw.
Reisevermittlern. Diese außergerichtliche Tätigkeit dieser Stelle führte in den vergangenen
Jahren zu einer enormen Entlastung der ordentlichen Gerichtsbarkeit.
Seit Jahren wird durch die Bundesarbeiterkammer (Wien) die mangelnde Ausstattung und die
fehlende organisatorische Infrastruktur kritisiert - von den in den letzten Jahren jeweils
zuständigen Bundesministerin für wirtschaftliche Angelegenheiten wurde jedoch dagegen
nichts unternommen. Daher teilte auch die Bundesarbeiterkammer Bundesminister Dr.
Hannes Farnleitner mit, daß die Mitarbeit nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, falls
keine Verbesserung der organisatorischen Rahmenbedingungen in Aussicht steht.
Nun soll diese "Schlichtungsstelle" im Wirtschaftsministerium gesperrt werden. Dies bedeutet
aber dann ein Rechtsschutzdefizit für betroffene UrlauberInnen. - Vor Beginn der
Urlaubssaison eine untragbare Situation.
Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für
Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz nachstehende

Anfrage:

1. Ist es richtig, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beabsichtigt, die Reisebüroschlichtungsstelle im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zu schließen?
2. Welche Position nimmt dazu das für Verbraucherangelegenheiten zuständige Ministerium ein?
3. Werden Sie zum Schutz der KonsumentenInnen vom Wirtschaftsminister ein Konzept zur Verbesserung, der organisatorischen Rahmenbedingungen sowie hinsichtlich der Aufgaben für die zukünftige Tätigkeit der „Reisebüroschlichtungsstelle“ zu verlangen?
4. Welche Aufgaben soll die „Reisebüroschlichtungsstelle - Neu“ wahrnehmen?
5. Sollen sich dabei auch die Reiseveranstalter bzw. Reisevermittler in Zukunft an der Finanzierung dieser „Reisebüroschlichtungsstelle“ beteiligen?
6. Wenn nein, warum nicht?
7. Halten Sie es aus sachlichen Gründen für sinnvoll, wenn die Reisebüroschlichtungsstelle weiterhin beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten verbleibt oder wäre es nicht angebracht, diese dem VKI oder dem Bundeskanzleramt und damit Ihrer Zuständigkeit zu übertragen?